

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 15. Januar 2019

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:27 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Dritter Bürgermeister

Salcher, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Burkhart, Michael

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Gigliotti, Gisella

Hofschuster, Thomas

Hoiß, Günter

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Koch, Reinhold, Dr.

Leone, Jean-Marie

Ostermeier, Maria

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Schemel, Benjamin

Sengl, Manfred, Dr.

Sippel, Dorothea

Strobl-Viehhauser, Sonja

Unglert, Theresa

von Hagen, Michaela

Weber, Petra
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Bock, Katharina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Zweiter Bürgermeister

Zöllner, Rainer

Mitglieder des Stadtrates

Fruhner-Weiß, Ramona
Matthes, Sigrun, Dr.
Olschowsky, Christian
Stricker, Hans-Georg

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Ergebnis des konsolidierten Jahresabschlusses 2016	2018/0775
TOP 5	Europawahl am 26. Mai 2019; Erfrischungsgeld für die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer	2019/0829
TOP 6	Bewerbung - Staatlich anerkannte Öko-Modellregion	2018/0818
TOP 7	Trägerschaftsvergabe für das Kinderhaus Wohnpark Roggenstein II, Obere Lagerstraße 13c	2018/0806
TOP 8	Feststellung des Aktionsplanes Kinderfreundliche Kommune	2018/0822
TOP 9	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Zweiter Bürgermeister Zöllner und die Stadträte Fruhner-Weiß, Olschowsky, Dr. Matthes und Stricker seien entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates wies darauf hin, dass nicht alle Bürger ihrer Schneeräumungspflicht nachkämen, was vor allem für die Senioren ein reibungsloses Vorankommen erschwere. Der Vorsitzende sicherte zu an die Schneeräumungspflicht erneut zu erinnern und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Der Vorsitzende wies auf das Volksbegehren "Rettet die Bienen" hin, für welches man sich im Zeitraum vom 31. Januar 2019 bis 13. Februar 2019 im Rathaus eintragen könnte. Nähere Informationen hierzu ließen sich auf der Homepage der Stadt Puchheim finden.

TOP 4 Ergebnis des konsolidierten Jahresabschlusses 2016

Herr Heitmeir stellte den konsolidierten Jahresabschluss 2016 vor. Die Jahresabschlüsse 2017 und 2018 würden bald vorgelegt. Die Stadt Puchheim habe 2016 in der Bilanzsumme um vier Millionen Euro zugenommen und sei somit insgesamt 160 Millionen Euro wert. Sie habe liquide Mittel in Höhe von 33,2 Millionen Euro zur Verfügung sowie ein Anlagevermögen von 134 Millionen Euro. Der Zuwachs der Sachanlagen beläufte sich auf 2,2 Millionen Euro, der der Finanzanlagen auf 2 Millionen Euro. Die liquiden Mittel hätten aufgrund der hohen Investitionstätigkeiten ein wenig abgenommen. Die Rückstellungen würden sich aus höheren Pensionsrücklagen ergeben, zu einem hohen Anteil würden diese jedoch für die Kreisumlage gebildet. Die Stadt Puchheim nutze als eine der wenigen Gemeinden in Bayern nicht die kamerale Buchführung, sondern buche doppisch und könne ihr Vermögen mithin auch benennen. Das Eigenkapital der Stadt Puchheim habe sich stetig gemehrt, die Stadt lebe damit nicht auf die Kosten der Kinder. Die Schulden seien deutlich geringer als die Liquidität und könnten damit jederzeit getilgt werden. Die Finanzaufwendungen seien gestiegen, da die Rückzahlungen von Gewerbesteuern berücksichtigt seien. Die meisten Erträge erwirtschafteten sich aus den Steuern, diese seien seit Jahren kontinuierlich gestiegen. Die Steuerkraft sei in der Stadt Puch-

heim über dem Landesdurchschnitt. Im Rechenschaftsbericht sei die Summe zur Hundesteuer so zu erklären, dass bei einer Erhebung in 2015 mehr Hunde gefunden wurden die nachveranlagt wurden. Bei den Umlagen sei erfreulich, dass für die Zukunft die Verhandlungen für den Finanzausgleich erfolgreich verlaufen seien und die Gewerbesteuerumlagen ohne den Solidarzuschlag verblieben, was zu Mehreinnahmen führen würde. Die Kreisumlage würde in Zukunft noch steigen. Der Investitionsspielraum sei mit zwölf Millionen Euro sehr komfortabel. Die Finanzrechnung führe dazu, dass in 2016 ein kleiner Fehlbetrag zu verrechnen sei, da investiert wurde. Die laufende Verwaltungstätigkeit habe sechs Millionen in 2016 erwirtschaftet, auch hier zeige sich ein stetiges bergauf. Ein eventueller Mittelabfluss müsse die Stadt nicht erschrecken, da diese gut aufgestellt sei. Sie wirtschaftete sinnvoll und habe genügend Investitionsspielraum für die anstehenden Investitionen. Der Vorsitzende bedankte sich für die geleistete Arbeit der Kämmerei. Stadtrat Hoiß wies darauf hin, dass es richtigerweise in der Beschlussvorlage Jahresabschluss anstatt Jahresrechnung heißen müsste, Herr Heitmeir sicherte eine Änderung zu. Er bat darum, die Zuweisung an den Rechnungsprüfungsausschuss erst dann zu beschließen, wenn die Konsolidierung des Jahresabschlusses vorliege. Der Vorsitzende stimmte zu.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt die Jahresrechnung 2016 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 5 Europawahl am 26. Mai 2019;

Erfrischungsgeld für die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein und hob die Wichtigkeit der Europawahl hervor. Stadtrat Dr. Koch erkundigte sich, ob die mögliche Volksabstimmung zum Klimawandel in der Beschlussvorlage berücksichtigt worden sei. Der Vorsitzende verneinte dies, da hier kein großer Mehraufwand für die Wahlhelfer entstünde. Sodann fasste der Stadtrat ohne Diskussion folgenden

Beschluss

Die ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlvorstände erhalten für den Einsatz bei der Europawahl am 26. Mai 2019 ein Erfrischungsgeld in Höhe von 55 € (bzw. 65 €, wenn gleichzeitig ein Volksentscheid durchgeführt wird).

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

Der Vorsitzende hob die Wichtigkeit des Wettbewerbs „Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen“ des Bayerischen Staatsministeriums hervor, um die Produktion heimischer Bio-Lebensmittel und das Bewusstsein bei den Bürgern für regionale Identität voranzubringen. Die Kommunen Emmering, Olching und Puchheim hätten eine gemeinsame Interessensbekundung durch ihre Bürgermeister abgegeben. Jetzt sei man in den Bewerbungsvorgang eingetreten, aus dem sich bei Zuschlag auch eine rechtliche Verpflichtung ergeben würde und die Gremien mithin über die Teilnahme entscheiden müssen. Inhaltlich gehe es bei der Bewerbung um die Stadtlandschaft Brucker Osten. Dies sei eine bewusste Entscheidung gewesen, da sich in diesem Bereich eine Schnittstelle von verdichteten Stadt- und offenen Landgebiet ergebe. Hier müssten konkrete Entwicklungs- und Projektansätze zur Förderung des ökologischen und fairen Landbaus in der Region sowie des Einsatzes regionaler Öko-Lebensmittel beschrieben werden. Der Markt sei mit einem hohen Potential ausgestattet, die Nachfrage nach biologisch und regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten sei sehr hoch. Landschaft sei ein kostbares Gut, das umsorgt werden müsste. Die Landschaftspflege sei unsere Lebensgrundlage und die der Landwirte, sie stehe in dauerhafter Konkurrenz zu neu zu schaffendem Wohnraum. Die Stadt Puchheim habe bereits viele aktive Biolandwirte und stehe auch in Kooperation zu ökologischen Verbänden, wie beispielsweise der BRUCKER LAND GmbH. Mehr Vernetzung und mehr Bündelung über dieses Projekt sei ein Gewinn für die gesamte Region. Ebenso müsste das Verbraucherverhalten durch erhöhte Bildungsaufklärung zu dem ökologischen Umgang mit Lebensmitteln geschult werden. Er bedanke sich für die vorbereitenden Leistungen von Stadtrat Keil, Stadtrat Dr. Sengl und Frau Duffner. Stadtrat Dr. Sengl wies ergänzend darauf hin, dass die Nachfrage nach Bioprodukten aus der Region höher als das tatsächliche Angebot sei, das Projekt könne daher eine ökologische Marktanpassung unterstützen. Potential, Wertschöpfung sowie Kräftigung der regionalen Identität könnten mithin mit diesem Projekt gefördert werden. Weiter habe die Bestandsaufnahme ergeben, dass es in der Region eine große Basis gäbe, die Interesse an einer biologischen Lebensmittelversorgung habe. Die Erfolgsaussichten für den Wettbewerb seien groß, da hier zu erwarten sei, dass überwiegend Konzepte aus dem rein landwirtschaftlichen Bereich eingebracht werden. Stadtrat Keil betonte, dass mit dem Model die nächste Generation in ihrem ökologischen Denken und Handeln gefördert werde. Eine Weiterentwicklung von Bildungsmaßnahmen sei hier essentiell, um das Ökobewusstsein in der Bevölkerung zu stärken. Stadtrat Leone stimmte seinen Vorrednern zu. Ökologische und ökonomische Interessen müssten zusammengeführt werden. Eine Wende müsse in den Köpfen der Menschen durch persönliche Überzeugung entstehen. Unter Nachhaltigkeit verstehe man eine längere Zeit anhaltende Wirkung, wie etwa das forstwirtschaftliche Prinzip, nach dem nicht mehr Holz gefällt werden dürfe, als jeweils nachwachsen könne, als auch im modernen Sprachgebrauch ein Prinzip, nach dem nicht mehr produziert werden dürfe, als jeweils nachwachsen, sich regenerieren oder künftig wieder bereitgestellt werden könne. Man sei auf dem besten Weg eine Wertschätzungskette zu schaffen mit der alle beteiligten Produzenten leben könnten, wie beispielsweise mit dem Fair Trade Siegel. Stadtrat Hofschuster erklärte, dass die Bildung den Schwerpunkt bilde, um das Konsumverhalten der Bevölkerung zu verändern. Angebot und Nachfrage bestimmten den Markt, daher müssten die produzierenden

den Betriebe in die Maßnahmen mit einbezogen werden. Das Model sei ein Anschub zur künftigen Lösungsfindung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einer Bewerbung der Stadt Puchheim beim Wettbewerb „Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen“ im Verbund mit weiteren Kommunen zu.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 7 Trägerschaftsvergabe für das Kinderhaus Wohnpark Roggenstein II, Obere Lagerstraße 13c

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Stadträtin Strobl- Viehhauser bemängelte, dass in der Beschlussvorlage ein Hinweis auf den vorberatenden Beschluss des Sozialausschusses fehle, so dass nicht nachvollziehbar sei, dass die Caritas als Träger gewählt worden sei, da diese mit ihrer klaren Konzeption und finanziellen Planung herausstach. Herr Tönjes entschuldigte den fehlenden Hinweis, da das Protokoll aus dem Ausschuss noch nicht fertiggestellt worden sei und das Thema in diesem auch nicht kontrovers diskutiert worden sei. Man habe die Vorlage jetzt schon zur Abstimmung gebracht, um zügig auf den Träger zugehen zu können. Er könne aber bei Bedarf aus dem Protokollentwurf zitieren.

Beschluss

Die Betriebsträgerschaft für die neue fünfgruppige Kindertagesstätte im Wohnpark Roggenstein wird an einen noch zu bestimmenden Träger vergeben. Der Vertrag wird vorerst für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Er verlängert sich sodann jeweils um ein Jahr, wenn nicht gekündigt wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 24 Nein 2 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 8 Feststellung des Aktionsplanes Kinderfreundliche Kommune

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Stadtrat Leone erkundigte sich, ob sich der im Finanz- und Wirtschaftsausschuss von der SPD besprochene Antrag, für Kinder- und Jugendarmut in Puchheim 25.000,00 Euro in den Haushalt einzustellen, in dem vorgelegten Konzept wiederfinde. Herr Tönjes antwortete, dass bei den einzelnen aufgezählten Projekten unter 3.1 der Punkt „Kommunale

Präventionskette“ diesen Antrag als Arbeitsgrundlage zur Orientierung beinhalte. Er betonte die kommunale Präventionskette als wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut. Der Begriff sei aber noch viel weiter zu verstehen, nämlich dahingehend, dass Kinder engmaschig und umfassend begleitet würden. Wobei man vor allem an den Übergangstellen, den Transitionen, besonders aufmerksam sein wolle, da hier größere öffentliche Zugriffs- und mithin Unterstützungsmöglichkeiten bestünden. Als ein wichtiges Projekt in diesem Zusammenhang sei das Konzept „Jugendamt vor Ort“ zu nennen. Stadtrat Hofschuster erfragte, ob das Vorhaben kommunale Präventionskette auch die Thematik des Mobblings erfasse. Dieses Thema gewinne immer mehr an Bedeutung, so dass den Betroffenen hier Unterstützung angeboten werden müsse. Herr Tönjes pflichtete dem bei, die Thematik solle im weiteren Prozess berücksichtigt werden. Mobbing sei ein wichtiges Problem, dass durch das Jugendzentrum im Rahmen dessen Präventionsarbeit an den Schulen behandelt werde. Man benötige hier als Anlaufstellen für die Betroffenen niedrigschwellige Zugänge, Menschen zu denen schon ein Vertrauen besteht seien wichtig. Städtische Aufgabe sei es zu Kinderrechten zu schulen, um den Betroffenen viele Anlaufstellen zur Verfügung stellen zu können. Man werde das Thema Mobbing in dem Aktionsplan bei der Ausarbeitung berücksichtigen. Die Stadt Puchheim könne jedoch nicht alle gesellschaftlichen Aufgaben alleine stemmen, hier hätten die Institutionen, Schulen, Einrichtungen und die Menschen in Puchheim als solche eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die durch die aktive Beteiligung aller Erwachsenen und durch die geschaffenen Strukturen in Puchheim mit Leben gefüllt werden müsse. Der Vorsitzende ergänzte, dass es Ziel des Projektes sei eine Stärkung der Kinderrechte und des Kindeswohl zu erreichen. Es sei als Selbstverpflichtung der Stadt zu verstehen dieses Anliegen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu unterstützen, dies müsste auch zu den einzelnen Institutionen und Verantwortlichen durchgebrochen werden. Die psychosoziale Stärkung von Kindern sei Basis für das Zusammenleben in der Stadt und müsse als solche auch vermittelt werden. Stadtrat Hoiß erkundigte sich, was ein eindeutiges Ergebnis konkret bedeute, was vom Vorsitzenden als Einstimmigkeit erläutert wurde. Stadträtin Weber fragte nach, ob laut der Beschlussvorlage noch ein Entscheidungsspielraum bezüglich der 25.000,00 Euro bestünde, was von Herrn Tönjes bejaht wurde. Stadtrat Dr. Koch erkundigte sich, ob der Familienstützpunkt als wichtiger Akteur des Themas schon von Erfolgen berichten könne. Herr Tönjes antwortete, dass es geplant sei, diesen im Sozialausschuss genauer vorzustellen, um auch eine Vernetzung mit den Puchheimer Sozialeinrichtungen näher zu beleuchten. Stadtrat Wuschig bat darum einen Bericht Ende 2019 oder Anfang 2020 zu der Realisierung der beschlossenen Maßnahmen vorzulegen. Im vierten Block der Beschlussvorlage seien Maßnahmen genannt, die leicht abgearbeitet werden könnten. Damit sei jedoch nicht gewährleistet, dass das Projekt tatsächlich gelebt werde. Dies sei die eigentliche Herausforderung, der es sich zu stellen gebe. Er stellte es in Perspektive sich hier konkret um einzelne Defizite zu kümmern, insbesondere in den Familien in denen Familienrechte anderes verstanden würden. Der Vorsitzende antwortete, dass es genau Ziel des Aktionsplans sei die Familienrechte dort zu Stärken, wo die Defizite am größten seien. Kinderarmut stünde immer auch im Zusammenhang mit der Beschneidung von Kinderrechten. Die Realisierung von Kinder-, Frauen- und Menschenrechten sei eine Herausforderung. Hier müsse auch soziale Unterstützung in Form von Verdeutlichung eines offenen Menschenbildes erfolgen, der Aktionsplan habe hier noch Spielraum und müsse anhand der konkreten Maßnah-

men, den einzelnen Situationen und Entwicklungen angepasst werden. Alle eingebundenen Helferorganisationen würden die Vermittlung von Familien- und Kinderrechten nach aktuellem pädagogischem Stand in ihrer Arbeit berücksichtigen. Herr Tönjes ergänzte das Integration ein Metathema sei, das auch die Integration von Werten und in ein Rechtssystem umfasse. Jeder sei hier gefordert diese Ideen weiterzutragen. Die Stadt agiere in Sachen Integrationsarbeit vorbildlich.

Beschluss

1. Die Stadt Puchheim bekennt sich zu den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (UN-Kinderrechtskonvention).
2. Der Aktionsplan zur lokalen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Rahmen des Projekts „Kinderfreundliche Kommune“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 0 Anwesend 26 Befangen 0

TOP 9 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt.

Stadtrat Hofschuster betonte die Wichtigkeit den Schneeräumdienst zu erfüllen, insbesondere da die Stadt Puchheim eine Fahrrad- und Kinderfreundliche Kommune sei. Stadträtin Wiesner ergänzte, dass einige Bürger angeboten hätten mehr Grundsteuer zu entrichten, wenn der Schneeräumdienst von der Stadt übernommen werde. Sie wies darauf hin, dass ein Kindertheater in ganz Puchheim wild und rücksichtslos plakatiere und bat darum dieses diesbezüglich abzumahnen. Stadtrat Dr. Koch ergänzte, dass bezüglich des Schneeräumdiensts notfalls Ersatzvornahmen vorgenommen werden müssten, wie beispielsweise ein Bußgeld zu erheben. Stadtrat Hoiß bemängelte, dass am Alois-Habeck-Platz kein Aushang zu finden gewesen sei, der auf den Umzug des Amtes für Soziales hinweise. Herr Tönjes erläuterte, dass man mangels Parteienverkehrs hierauf verzichtet habe.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates um 20:27 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Katharina Bock

Erster Bürgermeister